

BEKANNTMACHUNG

Dienstleistungsauftrag

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n):**

Deutscher Bundestag, Referat ZT 6, Vergaben,
Platz der Republik 1,

,

z. Hd. von Vergabereferat,

11011 Berlin,

DE

Tel.: +49 30-227-31718.

E-Mail: vergabereferat@bundestag.de.

Telefax: +49 30-227-30374.

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse des Auftraggebers: www.bundestag.de.

Weitere Auskünfte erteilen: die oben genannten Kontaktstellen.

Vergabe-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) sind erhältlich bei: den oben genannten Kontaktstellen.

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an: die oben genannten Kontaktstellen.

I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers:**

Ministerium oder sonstige zentral- oder bundesstaatliche Behörde einschließlich regionaler oder lokaler Unterabteilungen.

I.3) **Haupttätigkeit(en):**

Allgemeine öffentliche Verwaltung.

I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber:**

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein.

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) **Beschreibung**

II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags durch den Auftraggeber:**

BU Migration (ZT6-1133-2016-097-17-IT2).

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

Dienstleistung.

Dienstleistungskategorie: Nr. 27.

Hauptort der Dienstleistung:

Referat ZT 6, Vergaben

Platz der Republik 1

11011 Berlin

NUTS-Code: DE300.

II.1.3) Gegenstand der Bekanntmachung:

Rahmenvereinbarung

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung:

Rahmenvereinbarung mit einem einzigen Wirtschaftsteilnehmer.

Laufzeit der Rahmenvereinbarung: 2 Jahre.

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Betriebssystemmigration auf Windows 10

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV):

72000000

II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA):

Nein.

II.1.8) Aufteilung in Lose:

Nein.

II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig:

Nein.

II.2) Menge oder Umfang des Auftrags

II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:

Vorbereitung und Nachbereitung der Betriebssystemmigration: - circa 550 Personentage über einen Zeitraum von 10 Monaten für die Vorbereitung der Betriebssystemmigration (voraussichtlicher Beginn August 2016) - circa 100 Personentage über einen Zeitraum von 4 Monaten für die Nachbereitung der Betriebssystemmigration (voraussichtlicher Beginn September 2017) Durchführung der Betriebssystemmigration: - circa 1.500 Personentage über einen Zeitraum von 13 Monaten für die Durchführung der Betriebssystemmigration (voraussichtlicher Beginn Oktober 2016) Projektleitung: circa 30 Personentage in 2016 und 120 Personentage in 2017

II.2.2) Angaben zu Optionen:

Nein.

II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:

Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein.

II.3) Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:

Auftragsdauer in Monaten: 24.

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

III.1) Bedingungen für den Auftrag

III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:

Keine

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:

Leistungsbeschreibung mit Preisangaben, Ergänzende Vertragsbedingungen für die Beschaffung von IT-Dienstleistungen in der Fassung vom 1. April 2002, Tariftreueerklärung, Zusätzliche Vertragsbedingungen der Verwaltung des Deutschen Bundestages, Teil B der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL/B).

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

gesamtschuldnerisch haftend

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen an die Auftragsausführung:

Nein.

III.2) Teilnahmebedingungen

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister:

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

- Eigenerklärung über die Eintragung im Handelsregister/in der Handwerksrolle oder Auszug aus dem Berufsregister, sofern eine Eintragungspflicht besteht. - Sofern die Bildung einer Bietergemeinschaft beabsichtigt ist, muss die Eigenerklärung über die Eintragung im Handelsregister/in der Handwerksrolle oder Auszug aus dem Berufsregister, sofern eine Eintragungspflicht besteht, von jedem Mitglied eingereicht werden. - Auszug aus dem Gewerbezentralregister beim Bundesamt für Justiz: Die Auftraggeberin wird ab einer Auftragssumme von mehr als 30.000 Euro für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister beim Bundesamt für Justiz anfordern.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit:

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

- Die Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach Punkt 2 des Angebotsvordrucks wird durch Unterschrift des Angebots mit abgegeben. Beim Einsatz von Unterauftragnehmern erklärt der Bieter dies mit seiner Unterschrift auch für den/die Unterauftragnehmer. - Bei Insolvenz einen von allen Gläubigern angenommenen Insolvenzplan und die gerichtliche Bestätigung des Insolvenzplanes als eigene Anlage mit der Bezeichnung "INS". - Eigenerklärung über den Umsatz der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre, soweit er die angebotenen Leistungen (IT-Anwenderbetreuung (Second-Level-Support) oder Durchführung von Betriebssystemmigrationen oder Hardware-/Software-Rollouts) betrifft. Der Jahresumsatz muss mindestens 1.000.000 Euro (netto) betragen. - Betriebshaftpflichtversicherungsnachweis (Deckungssumme mindestens 1.000.000 Euro für Personen- und Sachschäden). Im Falle einer Bietergemeinschaft ist der Betriebshaftpflichtversicherungsnachweis jedes Mitgliedes der Bietergemeinschaft vorzulegen. - Sofern die Bildung einer Bietergemeinschaft beabsichtigt ist, ist die Erklärung nach Punkt 10 der Bewerbungsbedingungen vorzulegen. Alle Mitglieder der Bietergemeinschaft haben dem Angebot zudem die hier genannten Nachweise beizufügen. - Sofern der Einsatz eines Unterauftragnehmers beabsichtigt ist, sind die in Punkt 4 des Angebotsvordrucks aufgeführten Angaben vorzunehmen. Zudem ist Punkt 9 der Bewerbungsbedingungen zu beachten. HINWEISE: - Bei Beteiligung mehrerer Unternehmen (Bietergemeinschaft und/oder Beteiligung von Unterauftragnehmern) gelten die Anforderungen an die Eignung auch für die weiteren Unternehmen, wobei es genügt, dass die Mindestanforderungen in der Summe von den beteiligten Unternehmen gemeinsam erreicht werden. - Bei Beteiligung mehrerer Unternehmen gelten die Eigenerklärungen zu Ausschlussgründen auch für die weiteren Unternehmen. Die geforderten Angaben sind auch dann zu machen, wenn der betreffende Fall nur bei einem oder mehreren der beteiligten Unternehmen vorliegt.

III.2.3) **Technische Leistungsfähigkeit:**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

- Vorlage von mindestens drei aussagekräftigen Referenzen über vergleichbare Leistungen (IT-Anwenderbetreuung (Second-Level-Support) oder Durchführung von Betriebssystemmigrationen oder Hardware-/Software-Rollouts) in den letzten fünf abgeschlossenen Geschäftsjahren. Die Referenzen müssen von mindestens zwei verschiedenen Auftraggebern stammen; darunter muss mindestens ein öffentlicher Auftraggeber sein. Für die Abgabe der Referenzen ist der beigefügte "Referenzvordruck" zu verwenden. Es gelten die folgenden Mindestanforderungen: 1. Referenz: mindestens ein Jahr Vertragsdauer, wovon mindestens 6 Monate bereits durchgeführt worden sein müssen; mindestens 1.200 Personentage pro Jahr; mindestens 2500 betreute PC-Arbeitsplätze 2. und 3. Referenz: mindestens 0,5 Jahre Vertragsdauer, wovon mindestens 3 Monate bereits durchgeführt worden sein müssen; mindestens 500 Personentage pro Jahr; mindestens 500 betreute PC-Arbeitsplätze Ein bevollmächtigter Mitarbeiter des Referenzauftraggebers muss auf dem jeweiligen Referenzvordruck per Schulnoten Beurteilungen zu verschiedenen Aspekten der Leistungserbringung abgeben. Der Durchschnitt aus diesen Noten darf den Wert von 3,0 nicht überschreiten und es darf keine Note schlechter als 4 sein (Bei einer schlechteren Durchschnittsnote bzw. einer Einzelnote von schlechter als 4 werden die Anforderungen an die Eignung schon aus diesem Grund als nicht erbracht angesehen). Der Referenzvordruck ist durch den Referenzauftraggeber zu unterschreiben und ggf. mit Firmen-/Amtsstempel zu versehen. Für jede Referenz ist ein entsprechendes Dokument einzureichen. Werden die Referenzen durch die Präqualifizierungsangaben abgegeben, so sind die vergleichbaren Referenzen konkret zu benennen. Leistungen, welche für Unternehmen erbracht wurden, die mit dem Bieter konzernmäßig oder sonst wirtschaftlich verbunden sind, können nicht als Referenzauftrag akzeptiert werden, da es sich um Aufträge für wirtschaftlich unabhängige Dritte handeln muss. Werden Referenzen zu Aufträgen vorgelegt, die unter Beteiligung von dritten Unternehmen durchgeführt worden sind (Bietergemeinschaft/Unterauftragnehmer), muss der Anteil des Bieters bzw. der beteiligten Unternehmen des Bieters am Referenzauftrag hoch genug sein, um die Mindestanforderungen zu erfüllen. Besteht aktuell bzw. bestand innerhalb der letzten drei Jahre bereits ein Auftragsverhältnis

zwischen der Auftraggeberin und dem Bieter, behält sich die Auftraggeberin vor, ggf. eigene Erfahrungen aus Vertragsbeziehungen mit dem Bieter in die Eignungsprüfung einzubeziehen. - Eigenerklärung über die Anzahl der in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Mitarbeiter, die den Anforderungen aus Ziffer 5 der Leistungsbeschreibung mit Preisangaben entsprechen. Es gelten die folgenden Mindestanforderungen: mindestens zehn Mitarbeiter der Qualifikationsstufe 1 (Ziffer 5.2 der Leistungsbeschreibung), mindestens fünf Mitarbeiter der Qualifikationsstufe 2 (Ziffer 5.3 der Leistungsbeschreibung), mindestens zwei Mitarbeiter der Qualifikationsstufe 3 (Ziffer 5.4 der Leistungsbeschreibung) - Eigenerklärungen über Namen und berufliche Qualifikationen der für die zur Leistungserbringung vorgesehenen Mitarbeiter. Mit dem Angebot sind mindestens die folgenden Eigenerklärungen (Mitarbeiterprofile) und Nachweise vorzulegen:

Qualifikationsstufe 1: Der Vordruck für die Angaben zur Mitarbeiterqualifikation "Qualifikationsstufe 1" ist für mindestens drei Mitarbeiter vorzulegen. Kopie des Berufsabschlusszeugnisses im Bereich der Informationstechnologie (Fachinformatiker für Systemintegration, Fachinformatiker für Anwendungsentwicklung, IT-System-Elektroniker, IT-System-Kaufmann, Informatikkaufmann oder vergleichbare Ausbildungen). Die Vergleichbarkeit ist vom Auftragnehmer darzulegen. Ggf. kann eine andere (nicht einschlägige) abgeschlossene Berufsausbildung mit mindestens fünfjähriger Berufserfahrung im auftragsrelevanten Bereich (IT-Anwenderbetreuung (Second-Level-Support) oder in der Durchführung von Betriebssystemmigrationen oder Hardware-/Software-Rollouts) als gleichwertig anerkannt werden.

Qualifikationsstufe 2: Der Vordruck für die Angaben zur Mitarbeiterqualifikation "Qualifikationsstufe 2" ist für mindestens drei Mitarbeiter vorzulegen. Kopie des Studienabschlusszeugnisses (abgeschlossenes (Bachelor-)Studium (Hochschule oder Fachhochschule) im Bereich der Informationstechnologie, z. B. Informatik, Wirtschaftsinformatik, Verwaltungsinformatik oder ein vergleichbarer Studienabschluss). Die Vergleichbarkeit ist vom Auftragnehmer darzulegen. Sofern kein abgeschlossenes Studium vorliegt, kann ggf. eine abgeschlossene, einschlägige Ausbildung im Bereich der Informationstechnologie (Fachinformatiker für Systemintegration, Fachinformatiker für Anwendungsentwicklung, IT-System-Elektroniker, IT-System-Kaufmann, Informatikkaufmann oder vergleichbare Ausbildungen) sowie mindestens drei Jahre Berufserfahrung im auftragsrelevanten Bereich (IT-Anwenderbetreuung (Second-Level-Support) oder in der Durchführung von Betriebssystemmigrationen oder Hardware-/Software-Rollouts) als gleichwertig anerkannt werden. Die Vergleichbarkeit ist vom Auftragnehmer darzulegen.

Qualifikationsstufe 3: Der Vordruck für die Angaben zur Mitarbeiterqualifikation "Qualifikationsstufe 3" ist für mindestens einen Mitarbeiter (Projektleiter) vorzulegen. Kopie des Studienabschlusszeugnisses (abgeschlossenes (Bachelor-)Studium (Hochschule oder Fachhochschule) im Bereich der Informationstechnologie, z. B. Informatik, Wirtschaftsinformatik, Verwaltungsinformatik oder ein vergleichbarer Studienabschluss). Die Vergleichbarkeit ist vom Auftragnehmer darzulegen. Kopie eines PRINCE2 Foundation Zertifikates oder gleichwertig; Kopie eines ITIL 2011 Foundation Zertifikates oder gleichwertig; Sofern kein abgeschlossenes Studium vorliegt, kann ggf. eine abgeschlossene, einschlägige Ausbildung im Bereich der Informationstechnologie (Fachinformatiker für Systemintegration, Fachinformatiker für Anwendungsentwicklung, IT-System-Elektroniker, IT-System-Kaufmann, Informatikkaufmann oder vergleichbare Ausbildungen) sowie mindestens drei Jahre Berufserfahrung im auftragsrelevanten Bereich (IT-Anwenderbetreuung (Second-Level-Support) oder in der Durchführung von Betriebssystemmigrationen oder Hardware-/Software-Rollouts) als gleichwertig anerkannt werden. Die Vergleichbarkeit ist vom Auftragnehmer darzulegen. Für die Abgabe der Eigenerklärungen zur Mitarbeiterqualifikation sind die beigefügten Vordrucke (Anlagen 5 - 7) zu verwenden. Der Bieter bestätigt mit der Unterschrift seines Angebotes, dass die von ihm für die Leistungserbringung vorgesehenen Mitarbeiter die jeweiligen Anforderungen aus Ziffer 5 der Leistungsbeschreibung erfüllen.

- Sofern die Bildung einer Bietergemeinschaft beabsichtigt ist, ist die Erklärung nach Punkt 10 der Bewerbungsbedingungen vorzulegen. Alle Mitglieder der Bietergemeinschaft haben dem Angebot zudem die hier genannten Nachweise beizufügen. - Sofern der Einsatz eines Unterauftragnehmers beabsichtigt ist, sind die in Punkt 4 des Angebotsvordrucks aufgeführten Angaben vorzunehmen. Zudem ist Punkt 9 der Bewerbungsbedingungen zu beachten. Die Auftraggeberin behält sich vor, von den in die engere Wahl kommenden Bietern Erklärungen des oder der vorgesehenen Unterauftragnehmer(s) anzufordern, in dem er oder sie erklären, im Falle des Zuschlags die hier angegebenen Teilleistungen im Rahmen

der Vertragsabwicklung zu erbringen. Dies gilt auch für die ggf. zur Vertragsdurchführung vorgesehenen freien Mitarbeiter. HINWEISE: - Bei Beteiligung mehrerer Unternehmen (Bietergemeinschaft und/oder Beteiligung von Unterauftragnehmern) gelten die Anforderungen an die Eignung auch für die weiteren Unternehmen, wobei es genügt, dass die Mindestanforderungen in der Summe von den beteiligten Unternehmen gemeinsam erreicht werden. - Die einzelnen Referenzen müssen jedoch jeweils die oben stehenden Mindestanforderungen erfüllen. Außerdem müssen sie vom Volumen und vom Leistungsgegenstand her den Aufgaben entsprechen, die das jeweilige Unternehmen im Rahmen der Bietergemeinschaft oder im Auftragnehmer-Unterauftragnehmer-Verhältnis übernehmen soll. - Für jedes beteiligte Unternehmen, das einen eigenen Leistungsanteil erbringen soll, ist in jedem Fall mindestens eine Referenz vorzulegen. - Für den Fall, dass ein Bieter für die Vertragsdurchführung selbstständig tätige Einzelunternehmer und Freiberufler als freie Mitarbeiter einsetzen will, genügt zum Nachweis der Eignung die Vorlage eines Mitarbeiterprofils nach Anlage 5 - 7 einschließlich der dort geforderten Qualifikationsnachweise.

III.2.4) **Vorbehaltene Aufträge:**

Ja.

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) **Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten:**

Nein.

III.3.2) **Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Ausführung der betreffenden Dienstleistung verantwortlich sein sollen:**

Ja.

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) **Verfahrensart:**

Offenes Verfahren.

IV.1.2) **Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden:**

IV.1.3) **Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs:**

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) **Zuschlagskriterien:**

Niedrigster Preis.

IV.2.2) **Es wird eine elektronische Auktion durchgeführt:**

Nein.

IV.3) **Verwaltungsinformationen**

IV.3.1) **Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:**

ZT6-1133-2016-097-17-IT2

IV.3.2) **Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags:**

Nein.

IV.3.3) **Bedingungen für den Erhalt von Vergabe-/Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:**

Schlusstermin für die Anforderung von oder Einsicht in Unterlagen:

21.06.2016 11:59 Uhr

Die Unterlagen sind kostenpflichtig: Nein.

IV.3.4) **Schlusstermin für den Eingang der Angebote bzw. Teilnahmeanträge:**

21.06.2016 12:00 Uhr

IV.3.5) **Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber:**

IV.3.6) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:**

DE

IV.3.7) **Bindefrist des Angebots:**

Bis: 29.07.2016

IV.3.8) **Bedingungen für die Öffnung der Angebote:**

Ort: entfällt.

Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Nein.

ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

VI.1) **Dauerauftrag:**

Nein.

VI.2) **Auftrag in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Gemeinschaftsmitteln finanziert wird:**

Nein.

VI.3) **Sonstige Informationen:**

- Bieterfragen werden grundsätzlich nur beantwortet, wenn sie bis eine Woche vor Ablauf der Angebotsfrist gestellt werden. Die Beantwortung später eingehender Bieterfragen liegt im pflichtgemäßen Ermessen der Vergabestelle. - Für die Teilnahme am Vergabeverfahren ist die Abforderung und Nutzung der Vergabeunterlagen zwingend; diese können kostenfrei über die Vergabeplattform des Bundes oder bei der Auftraggeberin, vorzugsweise per E-Mail, angefordert werden. Die Einzelheiten zu der zu vergebenden Leistung ergeben sich aus den Vergabeunterlagen. - Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) des Bieters dürfen dem Angebot nicht beigelegt werden. Die Beifügung der AGB, auch zum Beispiel auf der Rückseite des Angebotsbegleitschreibens, führt zum Ausschluss des Angebots. - Bei der Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebotes wird ein angebotenes Skonto berücksichtigt, wenn die Skontofrist mindestens 14 Kalendertage beträgt.

VI.4) **Nachprüfungsverfahren/Rechtsbehelfsverfahren**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren:**

Bundeskartellamt, Vergabekammer des Bundes
Villemomblerstr. 76
53123 Bonn
DE
Telefon: +49 228-94990
E-Mail: info@bundeskartellamt.bund.de
Telefax: +49 228-9499163
<http://www.bundeskartellamt.de>

VI.4.2) **Einlegung von Rechtsbehelfen:**

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:
Gemäß § 160 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse am Auftrag hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 GWB durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist der zu entstehen droht. Der Antrag ist unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.3) **Stelle, bei der Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erhältlich sind:**

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

20.05.2016.